

Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 2017: Schwarz-Gelb statt Rot-Grün

Stefan Bajohr

Die Aufbruchstimmung, die SPD und Grüne in den Wahlkämpfen 2010 und 2012 beflügelt hatte, war 2017, nach sieben Regierungsjahren, verfliegen. Die Koalition unter Führung von Ministerpräsidentin *Hannelore Kraft* (SPD) und ihrer Stellvertreterin *Sylvia Löhrmann* (Grüne) hatte durchaus einiges erfolgreich auf den Weg gebracht; aber der Sanierungsfall Autobahnbrücke Leverkusen als herausragendes Beispiel für die schadhafte Verkehrsinfrastruktur insgesamt, Schwierigkeiten und Rückschläge bei der Unterbringung von Einwanderern¹ und Flüchtlingen, die Fülle von Straftaten in der Kölner Silvesternacht 2015/16, Mutmaßungen hinsichtlich eines Behördenversagens im Fall des Terroristen *Anis Amri* und der nicht abflauende Konflikt um die Schulpolitik wehten der Landesregierung kräftig ins Gesicht. Den Vorsprung, den Rot-Grün mit 49 Prozent laut Forsa noch im November 2015 gegenüber 41 Prozent für CDU/FDP/Linke (sowie zehn Prozent für Parteien, die unter der Fünfprozenthürde blieben) hatte, schrumpfte in der Folgezeit zusammen. Das galt für beide Partner, wenngleich *Martin Schulz*' demoskopischer Höhenflug im ersten Quartal 2017 der SPD einen ebenso irreführenden wie kurzlebigen Aufwind bescherte.

1. Die Ausgangslage

Das Kabinett *Kraft* II, das im Juni 2012 gebildet worden war, wollte sich am Ziel der Vollbeschäftigung orientieren. Des Weiteren sollten durch Bildungsinvestitionen Kita-Gebühren abgeschafft, das Recht von unter drei Jahre alten Kindern auf einen Kita-Platz eingelöst und Hemmnisse für Kinder mit Behinderung abgebaut werden. Der Nichtraucherschutz sollte gestärkt, beim Einsatz von Einheiten der Bereitschaftspolizei und in den Alarmeinheiten sollte, zur Erleichterung der nachträglichen Identifikation der Polizeivollzugsbeamten, eine anonymisierte, individualisierte Kennzeichnungspflicht eingeführt werden. Der Ladenschluss an Sonnabenden sollte auf 22 Uhr vorverlegt und das Mindestalter für die Teilnahme an Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt werden. Außerdem plante die Landesregierung, Autobahnen zu verbreitern und neue Landesstraßen zu bauen. Die Ausweitung von Braunkohletagebauen sollte überflüssig werden.

Tatsächlich konnte die Landesregierung auf eine ansehnliche Bilanz auf ganz unterschiedlichen politischen Feldern verweisen: die Arbeitslosigkeit war niedriger als in vielen vorangegangenen Jahren, der Beschäftigungsstand so hoch wie nie zuvor, die ausländischen Direktinvestitionen lagen höher als in Baden-Württemberg und Bayern zusammen. 2016 war es gelungen, erstmals nach mehr als vier Jahrzehnten ohne Nettoneuverschuldung auszukommen. Der Personalabbau, den Schwarz-Gelb von 2005 bis 2010 in die Wege geleitet

1 Dieser Aufsatz wurde ursprünglich in geschlechtsneutraler Sprache verfasst. Die ZParl-Redaktion samt ihrer Chefredakteurin teilt die Auffassung des Autors, dass Sprache Wirklichkeit gestaltet. Sie meint aber, dass die geschlechtsneutrale Fassung schwerer lesbar sei und bevorzugt deshalb die traditionelle Schreibweise.

hatte, wurde jedenfalls für Schule, Polizei und Justiz zurückgenommen. Ein Tariftreue- und Vergabegesetz verpflichtete die öffentlichen Arbeitgeber, bei der Vergabe von Aufträgen soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen. Mit einem Inklusionsstärkungsgesetz und einem Frauenförderungsgesetz wurden die Rechte und Möglichkeiten von Menschen mit Behinderungen und von Frauen erweitert. Der grüne Umweltminister *Johannes Remmel* brachte die Weiterentwicklung des Landschaftsgesetzes zu einem Landesnaturschutzgesetz, ein Landesentwicklungsgesetz gegen den weiteren Flächenverbrauch, eine Verringerung der Abbaufäche des Braunkohletagebaus Garzweiler II, die Reform des Jagdgesetzes sowie ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände auf den Weg. In der Politik für Kinder konnte sich die Koalition eine Verdoppelung der Betreuungsplätze für unter Dreijährige, die Ausweitung des offenen Ganztags an den Schulen und die Investition von 1,2 Milliarden Euro für die schulische Inklusion zugutehalten. Hingegen konnte die angekündigte Senkung des Mindestalters für die Teilnahme an Landtagswahlen auf 16 Jahre nicht realisiert werden.

Die Arbeitsergebnisse der Landesregierung wurden kaum honoriert. Und der Grundton, den Rot-Grün anschlug, dass Nordrhein-Westfalen (NRW) „auf gutem Kurs“ sei und „stärker und gerechter“ werde², entsprach nicht den Alltagserfahrungen vieler Menschen:

- Das Top-Thema der Ministerpräsidentin, kein Kind werde zurückgelassen, war nicht über das Stadium der Modellphase hinausgewachsen. Gleichzeitig hatte aber die Kinderarmut – auch im Ländervergleich – traurige Rekorde gebrochen. Die Inklusion von Schülern mit Behinderungen war von viel gutem Willen begleitet, aber von zu wenig Personal und Sachmitteln.
- Die Silvesternacht 2015/16 in Köln mit sexuellen Übergriffen auf Frauen und zahlreichen Eigentumsdelikten erwies sich als Lehrbeispiel für Behördenversagen. Die Opposition zog daraus den Schluss, dass die Landesregierung hilflos zuschauen, wie sich in den Großstädten No-Go-Areas ausbreiteten.
- Ein weiterer Misserfolg wurde dem Landesinnenminister im Zusammenhang mit den Umtrieben des Terroristen von Berlin, *Amri*, zur Last gelegt, der sich lange in NRW aufgehalten hatte, dort als Gefährder eingestuft und trotzdem nicht aus dem Verkehr gezogen worden war.
- Auch der schadhafte Zustand der Verkehrsinfrastruktur und die zahlreichen Staus im Agglomerationsraum und Transitland NRW wurden der Landesregierung angelastet.

Ab Februar 2016 besaß die Koalition bei der so genannten Sonntagsfrage keine Mehrheit mehr; Infratest dimap ermittelte nur noch 40 Prozent. Nachdem der SPD-Bundesvorstand *Martin Schulz* am 29. Januar 2017 zum Kanzlerkandidaten nominiert hatte, begann zwar der Aufstieg der SPD: Die Forschungsgruppe Wahlen traute ihr 36 Prozent zu. Ende Februar/Anfang März setzte sich die SPD deutlich von der CDU ab: Die Differenz belief sich auf elf (INSA) bis 14 (Forsa) Prozentpunkte. Die Grünen indes hielten nicht mit, sondern sackten in der Wählergunst ab: Im März/April 2017 verorteten Forsa, Infratest dimap, INSA und YouGov sie bei nur noch sechs Prozent. Da erwartet wurde, dass Linke und AfD in den Landtag einziehen würden und die FDP nicht so hoch gehandelt wurde, dass es für

2 „Der NRW-Plan. Unser Programm für 2017-2022. Beschluss des außerordentlichen Landesparteitages der NRW SPD am 18. Februar 2017 in Düsseldorf“, <https://www.nrwspd.de/2017/01/30/nrwspd-stellt-regierungsprogramm-zur-landtagswahl-vor/nrwspd-der-nrw-plan-unser-programm-fuer-2017-2022-2/> (Abruf am 12. Juli 2017), S. 5 f., S. 11.

eine Koalition mit einer schwachen CDU reichen würde, deutete vieles auf eine Große Koalition hin. Danach zogen die Werte für die CDU an, und die der SPD sanken – auch weil *Schulz* nach seinem allseits bestaunten Blitzstart keine politischen Inhalte lieferte. Für die Forschungsgruppe Wahlen lagen beide in der ersten Maiwoche mit 32 Prozent gleichauf. Eine Woche später führte die CDU.³

1.1. Bundespolitische Faktoren

Der Sozialdemokratie verlieh die Nominierung von *Martin Schulz* zum SPD-Vorsitzenden und -Kanzlerkandidaten erheblichen Schwung. Drei Landtagswahlen – im Saarland⁴, in Schleswig-Holstein⁵ und in NRW – sollten ihn wie Trittsteine auf dem Weg zur Bundestagswahl direkt ins Bundeskanzleramt führen.

Der so genannte *Schulz*-Effekt verpuffte aber bald und die SPD landete, wie die Ergebnisse im Saarland und in Schleswig-Holstein zeigten, wieder auf dem Boden der Realitäten. Dennoch behauptete *Kraft*, diese Wahlergebnisse hätten keine Bedeutung für NRW.⁶ SPD-Fraktionschef *Norbert Römer* sekundierte, dass sich die Frage einer Abwahl für NRW nicht stelle, weil *Kraft* im Gegensatz zu *Torsten Albig* „allseits beliebt und anerkannt“⁷ sei.

NRW kam eine Schlüsselrolle zu: Hier leben mehr als ein Fünftel der Bundesbürger, und daher wird eine Wahl in diesem Land schon seit jeher als „kleine Bundestagswahl“ angesehen. Was sich hier anbahnte, hatte oft genug Auswirkungen auch in der Bundeshauptstadt gehabt. Aus diesem Land stammt 2017 der Kanzlerkandidat, und hier hatte er unter Beweis zu stellen, „dass er nicht nur Umfragen, sondern auch Wahlen gewinnen kann“⁸. Insofern wurde die Landtagswahl zur Vorentscheidung für die Bundestagswahl im September. *Kraft* bezeichnete sie denn auch als wichtigen Meilenstein, und *Schulz* meinte, ein Wahlsieg in NRW unterstreiche, dass die „SPD die stärkste Kraft in Deutschland“⁹ und er Bundeskanzler werde.

Aus Sicht der CDU stellte sich die Herausforderung ähnlich dar: In NRW musste nicht nur ein achtbares, sondern ein vorzeigbares Ergebnis erzielt werden. Für sie kam es darauf an, den „*Schulz*-Zug“¹⁰ aufs Abstellgleis umzuleiten. Das achtmalige Auftreten der Bundeskanzlerin in diesem Wahlkampf war ein Signal für die bundespolitische Bedeutung, die die

3 Vgl. „Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre ...“, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nrw.htm> (Abruf am 22. Juni 2017).

4 Vgl. die Landtagswahlanalyse von *Jürgen R. Winkler* in diesem Heft der ZParl.

5 Vgl. die Landtagswahlanalyse von *Wilhelm Knelangen* in diesem Heft der ZParl.

6 Vgl. „Ergebnis an der Küste stimmt NRW-CDU zuversichtlich“, in: Westfälische Rundschau online vom 8. Mai 2017, <http://www.wr.de/politik/wahlen/ergebnis-an-der-kueste-stimmt-nrw-cdu-zuversichtlich-id210498649.html> (Abruf am 8. Mai 2017).

7 *Jan Bielicki*, Brandmauer und Rückenwind, in: SZ vom 8. Mai 2017, S. 6.

8 *Ders.*, Generalprobe für Martin Schulz, in: SZ online vom 1. April 2017, <http://www.sueddeutsche.de/politik/nrw-generalprobe-fuer-martin-schulz-1.3445414> (Abruf am 4. April 2017).

9 „NRW-Parteien starten in den Wahlkampf – Wer könnte mit wem?“, in: SZ online vom 2. April 2017, <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/parteien-nrw-parteien-starten-in-den-wahlkampf---wer-koennte-mit-wem-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170402-99-908093> (Abruf am 4. April 2017).

10 Vgl. *Boris Rosenkranz*, Der Schulz-Effekt-Defekt, in: Übermedien vom 18. Mai 2017, <http://uebermedien.de/15797/der-martin-schulz-effekt-defekt/> (Abruf am 22. Juni 2017).

CDU-Vorsitzende dieser Landtagswahl zumaß. Dafür sprach auch, dass *Angela Merkel* ihre gewohnte Zurückhaltung aufgab und mit harten Bandagen kämpfte. Kinder aus sozial schwachen Familien hätten in NRW schlechtere Bildungschancen als anderswo, hier würden mehr Verbrechen verübt usw.¹¹ Zwar konterte *Kraft*, *Merkel* sei mit falschen Zahlen gefüttert worden.¹² Doch was kann eine Provinzpolitikerin gegen „Europe’s de facto leader“¹³ ausrichten?

Trotz ungünstiger Vorzeichen nahmen sich die nordrhein-westfälischen Grünen vor, mit der Landtagswahl „den Anfang vom Ende der Bundesregierung ein[zu]läuten“¹⁴. Das allerdings wurde angesichts rückläufiger Umfragewerte und nach dem Ausscheiden der Grünen aus dem Saarländischen Landtag zunehmend unwahrscheinlicher. Auf die innerparteiliche Stimmung drückte auch der Dissens von Bundes- und Landes-Grünen in Sachen Kohleverstromung.

Der FDP-Bundes- und -Landesvorsitzende und Spitzenkandidat in NRW, *Christian Lindner*, betrachtete die Landtagswahlen ähnlich wie die SPD als Trittsteine nach Berlin – allerdings mit dem großen Unterschied, dass er nicht auf einen Bundeskanzler *Schulz* hoffte, sondern auf den Wiedereinzug seiner Partei in den Bundestag. Dorthin zieht es auch ihn. „Kein noch so schönes Ministeramt in Düsseldorf“ könne ihn davon abhalten, „im Bundestag notfalls die Rolle eines einflusslosen Oppositionsabgeordneten wahrzunehmen“¹⁵. Dass er dennoch für den Landtag in Düsseldorf kandidierte, begründete er damit, dass er während der Phase der Regierungsbildung in NRW „parlamentarisch handlungsfähig sein und nicht als Zaungast die Entwicklungen verfolgen“¹⁶ wollte. Anders als im Fall des CDU-Spitzenkandidaten *Norbert Röttgen*, der 2012 an seinem Begehren scheiterte, weiter in Berlin mitzumischen und nicht als Landtagsabgeordneter in Düsseldorf zu enden, störten sich Medien und Öffentlichkeit kaum an *Lindners* Plänen.

Der AfD-Bundesparteitag, der mit Blick auf die Wahl in NRW am 22./23. April in Köln zusammentrat, rief einen „bunten Protest“ (Polizeipräsident *Jürgen Mathies*) von rund 30.000 Menschen auf den Plan. Im Versammlungsaal entbrannte der innerparteiliche Konflikt zwischen dem Lager um die Bundesvorsitzende *Frauke Petry* und den nordrhein-westfä-

11 Vgl. *Matthias Korfmann*, CDU will NRW sicherer und stauärmer machen, in: Westfälische Rundschau online vom 2. April 2017, <https://www.wr.de/politik/landespolitik/cdu-will-nrw-sicherer-und-stauaermer-machen-id210131779.html> (Abruf am 4. April 2017).

12 Vgl. *Christoph Hickmann*, Schulz erklärt NRW-Wahl zu persönlichem Test, in: SZ vom 2. April 2017, S. 1.

13 *Michael Birnbaum* / *Rick Noack*, Following Trump’s Trip, Merkel Says Europe Can’t Rely on ‘Others.’ She Means the U.S., in: The Washington Post online vom 28. Mai 2017, https://www.washingtonpost.com/world/following-trumps-trip-merkel-says-europe-cant-rely-on-us-anymore/2017/05/28/4c6b92cc-43c1-11e7-8de1-ccc59a9bf4b1_story.html?utm_term=.df80d9713280 (Abruf am 23. Juni 2017).

14 *Kirsten Bialdiga*, Lohrmann schwört Grüne auf den Wahlkampf ein, in: Rheinische Post (RP) online vom 2. Dezember 2016, <http://www.rp-online.de/sylvia-loehrmann-schwoert-gruene-bei-parteitag-in-oberhausen-auf-wahlkampf-ein-aid-1.6439180> (Abruf am 11. März 2017).

15 *Carsten Fiedler* / *Joachim Frank* / *Peter Pauls* / *Detlef Schmalenberg* / *Helena Schwarz* / *Gerhard Voogt*, FDP-Chef Lindner im Interview. „Von Berlin hält mich nichts ab“, in: Kölner Stadt-Anzeiger online vom 5. Mai 2017, <http://www.ksta.de/26844662> (Abruf am 8. Mai 2017).

16 *Jacques Schuster* / *Daniel Friedrich Sturm*, „Wir sind nicht die nützlichen Idioten der anderen“ Interview mit Christian Lindner, in: Welt/N24 online vom 14. April 2017, <https://www.welt.de/163721356> (Abruf am 16. April 2017).

lischen Spitzenkandidaten *Marcus Pretzell* auf der einen und dem Lager um den weiteren Bundesvorsitzenden *Jörg Meuthen* auf der anderen Seite. Der Parteitag ließ keine Debatte über *Petrys* „Sachantrag zur politischen Ausrichtung der AfD“ zu. Eine noch rechtliche Rechte desavouierte die Bundesvorsitzende und auch den von *Pretzell* geführten Landesverband.

1.2. Landespolitische Faktoren

Der Grundsatz, dass alle demokratischen Parteien prinzipiell miteinander koalitionsfähig seien, verflüchtigte sich, je näher der Wahltermin rückte. Wegen der demoskopisch ermittelten Schwäche der Grünen schossen die Koalitionsspekulationen ins Kraut:

- Im Dezember 2016 bekannte *Kraft* sich zur Fortsetzung von Rot-Grün. Eine Zusammenarbeit mit der AfD komme nicht in Betracht. Eine Absage an die „weder regierungswillig[e] noch regierungsfähig[e]“¹⁷ Linke vermied sie zunächst. Erst nach der Saarlandwahl schloss sie eine Koalition mit ihr ausdrücklich aus.
- Noch im Februar 2017 hatte *Löhrmann* keine Koalition – außer mit der AfD – abgelehnt, doch die grünen Landesvorsitzenden erteilten sowohl Schwarz-Grün als auch Schwarz-Gelb-Grün Absagen. Kurze Zeit vor dem Wahltermin formulierte *Löhrmann* das Ziel, die Linke aus dem Landtag herauszuhalten.
- Für die FDP erklärte *Lindner*, seine Partei werde *Kraft* nicht zur Ministerpräsidentin wählen. Als indes eine Forsa-Umfrage vom März eine sozial-liberale Koalition rechnerisch für möglich hielt, schloss der FDP-Vorsitzende diese nicht aus. Eine so genannte „Ampel“ lehnte ein FDP-Parteitag fast einstimmig ab. Auch Verbindungen mit der Linken oder der AfD kamen für die FDP nicht in Frage.
- Wie die anderen Parteien sprach sich die CDU gegen eine Koalition mit der AfD und der Linken aus, war ansonsten aber für jedwede Verbindung offen. Ganz gegen den Trend der anderen hielt ihr Spitzenkandidat *Armin Laschet* „Jamaika“ ebenso für möglich wie eine Große Koalition unter Führung der SPD.

Diese diversen Koalitionsabsagen („Ausschließeritis“) kritisierte *Heribert Prantl* als eine der „Torheiten der Politik“¹⁸. Sie ließen angesichts eines zu erwartenden Einzugs der koalitionsunwürdigen AfD eine Große Koalition immer wahrscheinlicher werden.

Die CDU schien in der Phase des Höhenflugs der Sozialdemokraten nicht mehr auf Sieg programmiert. Ihr Kandidat war in den Augen der FDP schwach; sie warf ihm vor, sich ihrer Verfassungsklage gegen das Frauenfördergesetz nur zögerlich angeschlossen zu haben. Bei der SPD machte man sich über *Laschet* als „Wackeldackel“¹⁹ lustig. Nur Wenige trauten ihm zu, die Ministerpräsidentin aus dem Sattel zu heben. Zu Zweifeln an der persönlichen Eignung für ein Führungsamt hatte vor Jahren schon sein eigenwilliger Umgang mit verlorengegangenen Klausurergebnissen der RWTH Aachen beigetragen. Im Düsseldorfer „Kom(m)möd-

17 *Hannelore Kraft*, zitiert in *Günter Bannas / Majid Sattar*, „Die Linke ist weder regierungswillig noch regierungsfähig“, in: FAZ vom 22. Juni 2016, S. 4.

18 *Heribert Prantl*, Koalitionsabsagen vor der Wahl sind undemokratisch, in: SZ online vom 12. Mai 2017, <http://www.sueddeutsche.de/politik/koalitionen-koalitionsabsagen-vor-der-wahl-sind-undemokratisch-1.3501150> (Abruf am 12. Mai 2017).

19 *André Stinka*, Wackeldackel Armin wackelt weiter, Homepage der NRW SPD vom 19. April 2017, <https://www.nrwspd.de/2017/04/19/andre-stinka-wackeldackel-armin-wackelt-weiter/> (Abruf am 22. April 2017).

chen“ war diese Affäre Anlass für beißenden Spott.²⁰ Als geschickt erwies sich *Laschets* Einfall, den populären CDU-Innenexperten *Wolfgang Bosbach* als Wahlkampfhelder einzuspinnen. *Bosbach* sollte dem Wahlkampfthema Sicherheitspolitik ein scharfes Profil verleihen.

Lindners selbstsicheres Auftreten, seine Redegewandtheit, seine Argumentationsstärke, seine Jugendlichkeit und sein augenzwinkerndes Macho-Gehabe zogen die Pfeile der Gegner magnetisch an. „Wer *Lindner* wählt, hilft Frau *Kraft* dabei, Ministerpräsidentin zu bleiben“²¹, verkündete *Laschet* mit Blick auf eine sozial-liberale Option, und *Sylvia Löhrmann* assistierte: Eine SPD-FDP-Regierung „wäre eine Koalition für die Kohle und gegen die Umwelt“²².

Das Dilemma der rot-grünen Koalition bestand darin, dass sie es nicht schaffte, mit mehrheitsfähigen und mobilisierenden Themen zu punkten. Vom langweiligen Regierungsaltag hoben sich positiv allein der sozialdemokratische Finanzminister *Norbert Walter-Borjans*, dessen Verfolgung grenzüberschreitender Steuerstraftaten auch international Beachtung und Anerkennung fand, und der grüne Umweltminister *Johannes Remmel* ab, der Bauern, Jägern und Energieversorgern die Stirn bot.

Die Grünen setzten trotz der Umfragen auf eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD, mussten aber erkennen, dass die Chancen dafür schwanen und eine Reihe von Sozialdemokraten einem Ende von Rot-Grün durchaus etwas abzugewinnen vermochte. Schließlich hatten die Grünen den Koalitionspartner mit kontroversen Positionen zum Ausbau des Düsseldorfer Flughafens, zur Restlaufzeit von Kohlekraftwerken, zu Fahrverboten und zu Abschiebungen nach Afghanistan gereizt. Pluspunkte, die sie mit solcher Politik bei ihrer Stammwählerschaft machen konnten, wurden von den Minuspunkten für eine unbeliebte Bildungspolitik übertroffen, für die *Sylvia Löhrmann* verantwortlich zeichnete. Im Abschwung fehlte den Grünen das nötige Maß an Selbstkritik. So blieb kurz vor dem Wahltag nur noch ein verzweifelter „Weckruf“ an die Anhängerschaft.

Die Linke konnte aufgrund der Umfrageergebnisse auf einen Einzug in den Landtag hoffen und erwartete, dass SPD und Grüne trotz allem Sondierungsgespräche mit ihnen führen würden. Es gebe gemeinsame Ziele, die Rot-Grün weder mit der CDU noch mit der FDP erreichen könne.

Die AfD stand im Schatten der Zerrüttung des Verhältnisses zwischen den Vorsitzenden *Pretzell* und *Martin Renner*.²³ Monatelang wurde um die Aufstellung der Liste für die Landtagswahl gestritten. Solche Querelen beeinträchtigten die Anziehungskraft der Partei. Das eher schlechte Abschneiden mit jeweils unter sieben Prozent im Saarland und in Schleswig-Holstein drückte ebenfalls auf die Stimmung. Die hellte sich auch nicht dadurch auf, dass ProNRW zugunsten der AfD auf eine Teilnahme an der Landtagswahl verzichtete.

20 Vgl. „Armin Laschet“, https://de.wikipedia.org/wiki/Armin_Laschet (Abruf am 20. Mai 2017); „SEK Wahlkampf“ mit *Martin Maier-Bode*, *Daniel Graf* und *Heiko Seidel* und anderen am 7. Mai 2017, 18.00 Uhr.

21 *Lothar Schmalen*, Armin Laschet: „Wer Lindner wählt, hilft Frau Kraft“, in: Neue Westfälische online vom 6. Mai 2017, http://www.nw.de/nachrichten/regionale_politik/21772281_Armit-Laschet-Wer-Lindner-wählt-hilft-Frau-Kraft.html (Abruf am 8. Mai 2017).

22 *Gerhard Voogt*, Wahlkampf in NRW. NRW-Schulministerin warnt SPD vor einer Koalition mit der FDP, in: Kölner Stadt-Anzeiger online vom 19. März 2017, <http://www.ksta.de/26223182> (Abruf am 20. März 2017).

23 Vgl. *Jens Schneider* / *Benedikt Peters*, Der Richtungskampf der AfD im Westen, in: SZ online vom 12. Mai 2017, <http://www.sueddeutsche.de/politik/nordrhein-westfalen-der-richtungskampf-der-afd-im-westen-1.3502373> (Abruf am 12. Mai 2017).

Am Wahltag war aufgrund der Wählerbefragungen der Vormonate klar, dass eine Fortsetzung von Rot-Grün im Land keine realistische Option mehr war. Dementsprechend favorisierten die Wähler laut Infratest dimap eine Koalition aus CDU und FDP oder – mit etwas geringerer Zustimmung – aus CDU und SPD.²⁴

2. Der Wahlkampf

Zur Wahl traten 31 Parteien mit Landeslisten an, von denen höchstens sechs eine halbwegs realistische Chance auf Einzug in den Landtag besaßen.

Die personelle Auswahl der Spitzenkandidaten für diesen Wahlkampf brachte keine Überraschungen. Ein SPD-Landesparteitag wählte Ministerpräsidentin *Kraft* aus Mülheim/Ruhr mit 100 Prozent der Delegiertenstimmen zur Spitzenkandidatin. Die Grünen nominierten Vizeministerpräsidentin und Schulministerin *Löhrmann* aus Solingen. Die CDU wählte ihren Fraktionsvorsitzenden *Laschet* aus Aachen an die Spitze der Kandidatenliste. Für die FDP trat ihr Bundesvorsitzender *Christian Lindner* (Düsseldorf), für die Linke deren Landessprecherin *Özlem Demirel* (Düsseldorf) und für die AfD der Landesvorsitzende und Europaabgeordnete *Marcus Pretzell* (Bochum) an.

Wie schon 2012 war der Wahlkampf personenbezogen. Dennoch waren Wahlprogramme dieses Mal wichtiger als fünf Jahre zuvor. Mit 255 Druckseiten fiel das grüne Programm voluminös aus. Die Linke legte 123 Seiten vor. SPD und CDU boten Programmatisches auf 110 beziehungsweise 113 Seiten an. Kürzer noch als die AfD (65 Seiten) konnte es nur die FDP (48 Seiten).

Infratest dimap ermittelte, dass das Thema Soziale Gerechtigkeit im Vergleich zu 2012 an Bedeutung gewann: 46 statt seinerzeit 31 Prozent der Wähler sprachen ihr den höchsten Rang zu. Wirtschaft und Arbeit erreichten 40 Prozent (2012 separat ermittelt: 32 beziehungsweise 20 Prozent), Schule und Bildung blieben mit 31 Prozent nahezu stabil. Neu reihte sich die Innere Sicherheit mit 21 Prozent unter den Top-Themen ein.²⁵ Der Forschungsgruppe Wahlen zufolge erreichten Schule und Bildung (41 Prozent), Flüchtlinge und Integration (28) sowie Verkehr (23) hohe Werte, während die Arbeitslosigkeit nur mehr auf 13 Prozent im Vergleich zu 23 Prozent 2012 kam. Verschuldung und Finanzen, die 2012 von 28 Prozent der Befragten für wichtig erachtet wurden, spielten 2017 kaum mehr eine Rolle. Das Thema Kriminalität, das 2012 mit zwei Prozent Nebensache war, kletterte auf 15 Prozent.²⁶

Hinsichtlich zugeschriebener Kompetenzen lag die SPD allein bei der Sozialen Gerechtigkeit vor der CDU – so war es auch in den Wahljahren 2000, 2005, 2010 und 2012

24 Vgl. „Landtagswahl Nordrhein-Westfalen. Umfragen zu möglichen Koalitionen. Welche Bündnisse bevorzugen die Wähler?“, in: Tagesschau online, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-14-LT-DE-NW/umfrage-koalitionsbildung.shtml> (Abruf am 19. Mai 2017).

25 Vgl. „Landtagswahl Nordrhein-Westfalen. Umfragen: Wahlentscheidende Themen“, in: Tagesschau online, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-14-LT-DE-NW/umfrage-wahlentscheidend.shtml> (Abruf am 15. Juni 2017).

26 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Nordrhein-Westfalen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. Mai 2017, Mannheim 2017, S. 26; dies., Wahl in Nordrhein-Westfalen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 13. Mai 2012, Mannheim 2012, S. 29, S. 31.

gewesen. Bei allen anderen als wichtig eingestuften Themen trauten die Wähler der CDU eher als der SPD zu, die damit verbundenen Probleme lösen zu können.²⁷

Die Wahlwerbung beschränkte sich auf simple Slogans und Bilder. So warb die SPD in Anlehnung an ein aus 1985 stammendes Motto mit „#NRWIR“, wobei sie dieser Anpreisung verschiedene Schlagwörter wie „Malocher“ oder „Hannelore Kraft“ oder „Entdecker“ nachschob. Der SPD-Bundesvorsitzende *Martin Schulz* trat auf Plakaten nicht in Erscheinung. Diese Abwesenheit entsprach *Krafts* Bitte an die Berliner Parteiführung, einen Wahlkampf führen zu können, in dem es „fast ausschließlich um landespolitische Themen“²⁸ gehen sollte. Die CDU präsentierte die Devise „Zuhören. Entscheiden. Handeln“ und Bilder ihres Spitzenkandidaten im Kreise von Kindern oder Senioren. Die Grünen boten Plakate dar, deren Sinn sich nicht jedem auf Anhieb erschloss: „1. Freiheit. 2. Sichern!“ oder „1. Familien stärken. 2. Zeit haben!“ Die FDP überraschte mit frechen Schwarz-Weiß-Bildern: *Lindner* im Hörsaal, im Fond einer Limousine, im T-Shirt und mit Smartphone, sich einen Mantel überziehend, vor einer Graffiti-Wand etc. Die Linke forderte die Wähler auf, „Stärke [zu] zeigen“ und kombinierte dies mit Wörtern wie „für die Liebe“, „gegen rechte Parolen“, „für Bildung unabhängig vom Geldbeutel“ und Ähnlichem. Die AfD schließlich zeigte das Bild ihres Spitzenkandidaten als „Antwort auf kraftlose Politik“. Einer kritischen Analyse von Filmkritikern hielt keine der Werbeaktionen stand.²⁹

Aller Werbung zum Trotz dümpelte der Wahlkampf über Wochen vor sich hin. Daran änderte auch der einseitige Aufmacher „Nordrhein-Westfalen – das deutsche Griechenland“ nichts, mit dem das Druckerzeugnis „Bild“ die rot-grüne Landesregierung ganz im Stile seiner anti-griechischen Kampagne aus den Vorjahren anschwärzte.³⁰ Selbst in der kurzen Zeit von 26 Tagen nach den Osterferien kam kaum Bewegung in die politische Arena. Das hatte womöglich auch damit zu tun, dass eine Wechselstimmung, die den Wahlkampf spannend gemacht hätte, nicht aufkommen wollte.

Hannelore Kraft hatte darauf gedrungen, landespolitische Themen in den Mittelpunkt zu stellen und die Bundespolitik außen vor zu lassen. Dementsprechend rückte die SPD ihre Ziele, sämtliche Kita-Plätze für eine Kernbetreuungszeit von 30 Wochenstunden gebührenfrei anzubieten, landesweit einheitliche Tarife für den ÖPNV zu schaffen und ein NRW-Ticket für Auszubildende einzuführen, ins Zentrum. Bezüglich des Straßenverkehrs kündigte sie „das größte Anti-Stau-Programm aller Zeiten“ an. Wirtschaftspolitisch sollte NRW zum „Innovationsland Nr. 1 in Europa“ werden, und für Betriebsansiedlungen sah das Wahlprogramm „Turbogenehmigungen“³¹ vor. Einen gleichzeitigen Ausstieg aus Atomenergie und Kohleverstromung, wie er den Grünen vorschwebt, lehnte die SPD ab. Um die Probleme auf

27 Vgl. ebenda, S. 26 – 29.

28 *Hannelore Kraft*, zitiert im Artikel „Hannelore Kraft: Rücktritt nach Wahlschlappe in NRW“, in: Hessische/Niedersächsische Allgemeine online vom 15. Mai 2017, <https://www.hna.de/politik/hannelore-kraft-abgewaehlt-ruecktritt-aus-politik-nach-wahl-in-nrw-2017-zr-8305545.html> (Abruf am 28. Juli 2017).

29 Vgl. „NRW-Wahlwerbespots ‚Deutsch können sie eher nicht‘“, in: FAZ online Video vom 11. Mai 2017, <http://www.faz.net/aktuell/politik/nrw-wahlwerbespots-deutsch-koennen-sie-eher-nicht-15010443.html> (Abruf am 30. Juni 2017).

30 Vgl. „Nordrhein-Westfalen. Das deutsche Griechenland“ in: Bild online vom 2. April 2017, <http://m.bild.de/politik/inland/nordrhein-westfalen/das-deutsche-griechenland-51120628.bild-Mobile.html> (Abruf am 19. Juni 2017).

31 „Der NRW-Plan“, a.a.O. (Fn. 2), S. 12, S. 22 f.

dem Gebiet der Inneren Sicherheit in den Griff zu bekommen, wollte die SPD 2.300 Polizeibeamte einstellen. „Der Privat-vor-Staat-Ideologie von CDU und FDP“ setzte sie „den starken, handlungsfähigen Rechtsstaat“ entgegen.³² Als absehbar wurde, dass die erwähnten sicherheitspolitischen Pannen wahlentscheidend werden könnten, wählte die Spitzenkandidatin in Bezug auf Flucht und Asyl eine schärfere Tonlage. So beklagte sie am 8. Dezember 2016 in der ZDF-Sendung „*Maybritt Illner*“, nordafrikanische Flüchtlinge nicht „los[zu]werden“. Leider dürfe die Landesregierung sie nicht in den Maghreb-Staaten „absetzen“.³³

Die Grünen stellten heraus, dass die SPD ohne sie anders handeln würde. Sie wollten das Landesabfallgesetz zur Stärkung der Ressourcennutzung novellieren, einen Tierschutzbeauftragten berufen, den Ausstieg aus der Kohleverstromung organisieren, ein landesweites Netz von Radschnellwegen schaffen, Nachtflugverbote einführen und die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken fördern. NRW sollte zum „Spitzenstandort für Start-ups“ werden und „Vorreiter beim Bürokratieabbau“ für Gründer sein.³⁴ Die Grünen forderten ein landesweites ÖPNV-Ticket und starteten dazu eine Online-Petition.

Die CDU erkor die Innere Sicherheit zum zentralen Thema. Die Verhinderung von Wohnungseinbrüchen müsse Schwerpunkt der Polizeiarbeit werden. Sie werde keine No-Go-Areas dulden, eine Null-Toleranz-Strategie gegen die Verwahrlosung von Stadtteilen einführen und „islamistischem Terror entschlossen entgegentreten“³⁵. Es müsse mehr Abschiebungen geben, und die Schleierfahndung sollte auch in NRW praktiziert werden. Wie SPD und Grüne kündigten die Christdemokraten mehr Einstellungen bei der Polizei an, hüteten sich aber davor, Zahlen zu nennen. Wirtschaftspolitisch wollte die CDU das Land wieder auf Spitzenplätze im Ländervergleich führen. Verkehrspolitisch sollten mehr Mittel in den Landesstraßenneubau fließen und der „Verfall unserer Brücken“³⁶ gestoppt werden.

Wie die Bundeskanzlerin fuhr die FDP schweres Geschütz gegen die Landesregierung auf. *Lindner* bezeichnete die „grün-rote Wirtschaftspolitik“ als „Sabotage“. Das Problem des Landes sei ein „maßlos gewordener Umverteilungsstaat“³⁷. Die Freien Demokraten warfen der Landesregierung vor, alles zu bürokratisieren, aber nichts zu lösen. Sie wollten „mehr Eigenverantwortung entfesseln“³⁸ und die Menschen „nicht mit Stützrädern ausstatten“³⁹. Das ließ sich allerdings schwer mit der Rüge vereinbaren, NRW lande bei der öffentlichen Förderung von Start-ups auf den hinteren Rängen. Wie die CDU kündigte die

32 Ebenda, S. 92 f.

33 „Kraft: Wir werden Nordafrikaner nicht los“, in: RP online vom 10. Dezember 2016, <http://www.rp-online.de/politik/kraft-wir-werden-nordafrikaner-nicht-los-aid-1.6455695> (Abruf am 28. Juli 2017).

34 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen, Wahl. Programm. Zur Landtagswahl am 14. Mai 2017, <https://gruene-nrw.de/dateien/wahlprogramm2017.pdf> (Abruf am 12. Juli 2017), S. 80.

35 „Zuhören. Entscheiden. Handeln. Regierungsprogramm der CDU für Nordrhein-Westfalen 2017-2022, Düsseldorf“, https://www.cdu-nrw.de/sites/default/files/media/docs/a1_leitantrag_39_lpt_regierungsprog_cdu_fuer_nrw_2017-2022.pdf (Abruf am 12. Juli 2017), S. 7.

36 Ebenda, S. 30.

37 *Jacques Schuster* / *Daniel Friedrich Sturm*, a.a.O. (Fn. 16).

38 *Gerhard Voogt*, Christian Lindner: Koalitionsoptionen der FDP – „Wir sind zu Gesprächen bereit“, in: Kölner Stadt-Anzeiger online vom 16. März 2017, <http://www.ksta.de/26201230> (Abruf am 17. März 2017).

39 *Marie-Kristin Boese*, FDP-Bundesparteitag. Mit 91 Prozent in den Wahlkampf, in: Tagesschau online vom 28. April 2017, <http://www.tagesschau.de/inland/fdp-parteitag-127.html> (Abruf am 29. April 2017).

FDP die Abwicklung rot-grüner Politik an, zum Beispiel Flächenverbrauchsbeschränkungen, Klimaschutzauflagen, das Tariftreue- und Vergabegesetz oder den Nichtraucherschutz. Wie die SPD wollte man NRW zum Innovationsland Nr. 1 machen. Innenpolitisch forderte die FDP wie die CDU mehr Personal für die Polizei. Angeblich vorhandene No-Go-Areas sollten „ausgetrocknet“ werden. Im Unterschied zur Union sollten Videoüberwachungen nur unter engen Voraussetzungen stattfinden. Für die Hochschulen wollte die FDP wieder Studiengebühren einführen.

Die Linke wollte sich für vollständig gebührenfreie Kitas und für ein Investitionsprogramm für Arbeitsplätze einsetzen. Die bestehenden Verkehrsverbünde sollten zusammengelegt, der ÖPNV fahrscheinlos nutzbar sein und ein Nachtflugverbot eingeführt werden. Außerdem forderte die Linke ein Mindestlohngesetz für NRW von zwölf Euro, kürzere Ladenöffnungszeiten, einen generellen Abschiebestopp, die Auflösung der Abschiebehaftanstalten und die Förderung des Wohnungsbaus durch das Land.

Die AfD präsentierte sich als „echte Familienpartei“⁴⁰. In diesem Sinne warf sie der staatlichen Förderung von Kitas vor, „klassische Familienkonstellationen“ zu entwerten und verlangte vom Land die Einführung eines „Erziehungsgehalts“. Gleichstellungsbeauftragte in den Verwaltungen sollten abgeschafft werden; stattdessen seien männliche Schüler durch eine stärkere Gewichtung von naturwissenschaftlichen Schulfächern besser zu fördern. Unter der Überschrift Demokratie verlangte die AfD eine Senkung der Hürden für Volksbegehren und -entscheide. Umweltpolitisch bezweifelt die AfD den menschengemachten Klimawandel und sprach sich in ihrem Wahlprogramm für die Abschaffung von Umweltschutzzonen aus. Braunkohle könne weiter verstromt und die Kernenergie genutzt werden. Die AfD wollte Abschiebungen durchsetzen und Duldungen abgelehnter Asylbewerber vermeiden. Der Personalengpass der Polizei sollte durch Aufstellung einer „Wachpolizei“ gemildert werden und die „Kuscheljustiz“ härteren Strafen weichen. Aufschlussreich ist die unter dem Label Tierschutz erhobene Forderung nach einem generellen Schächtverbot, die sich gegen Juden und Muslime richtet.

Eines der Top-Themen dieses Wahlkampfes war die Schule. Vor allem Unterrichtsausfälle, die Länge der gymnasialen Ausbildung und die Inklusion beschäftigten die Menschen, die Medien und die Parteien. Dabei wurde deutlich, dass sich so gut wie niemand zum achtjährigen Gymnasium bekannte, sich aber auch nur Linke und AfD für eine Rückkehr zu neun Jahren aussprachen. SPD, Grüne, CDU und FDP plädierten für eine so genannte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9. Konfliktstoff barg auch die Beschulung von Schülern mit Behinderungen an Regel- statt an Förderschulen. Die AfD bezeichnete das Inklusionskonzept der Landesregierung als „ideologischen Irrweg“⁴¹. Die CDU lehnte eine „Inklusion mit der Brechstange“⁴² ab und wollte keine weitere Förderschule schließen. Die Grünen erklärten, dass die meisten Schulen, die sich auf den Weg der Inklusion begeben hätten, nicht mehr zurückwollten und stellten 12.000 Erzieher für deren Absicherung in Aussicht. Das konnte nicht einmal die Linke toppen, die für dasselbe Vorhaben 9.000 zusätzliche

40 Vgl. „AfD vor NRW-Landtagswahl mit schwerem Stand“, in: SZ online vom 26. April 2017, <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/wahlen-afd-vor-nrw-landtagswahl-mit-schwerem-stand-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170426-99-207597> (Abruf am 19. Juni 2017).

41 Alternative für Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen, Wahlprogramm der AfD für die Bürger Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 2017, S. 14.

42 *Matthias Korfmann*, NRW-CDU sieht trotz Umfrage-Tief Chancen für Wahlsieg, in: Westfalenpost online vom 20. Februar 2017, <http://www.wp.de/politik/cdu-in-nrw-trotzt-dem-umfrage-tief-id209674777.html> (Abruf am 6. März 2017).

Stellen ankündigte. Die SPD räumte „Nachsteuerungsbedarf“⁴³ ein. Wohl am treffendsten fiel die Analyse der FDP aus, die kritisierte, dass Förderschulen geschlossen wurden, ohne die Regelschulen genügend auf die Veränderung vorzubereiten.

3. Das Wahlergebnis

Bei dieser Wahl durften erstmals in Deutschland auch Menschen abstimmen, die in allen Angelegenheiten unter Betreuung gestellt sind. Damit entsprach das Land dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2006. Die Wahlrechtsreform betraf landesweit rund 21.000 Personen.

Die Wahl verschob das politische Gewicht im Landtag nach rechts: Die CDU errang 33,0 Prozent, die SPD 31,2, die FDP 12,6, die AfD 7,4 und die Grünen 6,4 Prozent. Die Piraten und die Linke scheiterten mit 1,0 beziehungsweise 4,9 Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde (vgl. Tabelle 1). Für die SPD war dies das schlechteste, für die FDP das beste Wahlergebnis in der Landesgeschichte. Rot-Grün büßte 13 Prozentpunkte ein, während Schwarz-Gelb um elf Prozentpunkte zulegte. Das Parteiensystem blieb intakt – anders als in Sachsen-Anhalt, wo die Volksparteien (39,8 Prozent) seit der Landtagswahl 2016 nur noch gleichauf liegen mit den Nichtwählern (38,9) und der Außenseiterpartei AfD plus den an der Fünfprozenthürde gescheiterten Parteien (38,2): Die Volksparteien erzielten in NRW zusammen immerhin 64 Prozent der Stimmen. Die liberalen Parteien gewannen zusammen 19 Prozent. Im Landtag sind, wie schon in der vorangegangenen Wahlperiode, fünf Fraktionen vertreten.

Von den bei der letzten Wahl eroberten 99 Direktwahlkreisen konnte die SPD 56 halten. Die CDU legte auf 72 zu (2012: 29), so dass bei ihr keiner der Listenplätze zog. Das bescherte ausgerechnet dem Spitzenkandidaten und Direktkandidaten im Wahlkreis Aachen II eine stundenlange Zitterpartie. Zunächst sah es nämlich so aus, als würde die sozialdemokratische Direktkandidatin den Wahlkreis holen und *Laschet* nicht in den Landtag einziehen. Da aber der Ministerpräsident gemäß Art. 52 Abs. 1 der Landesverfassung Mitglied des Landtags sein muss, hätte ihn ein derartiges Ergebnis in eine höchst unangenehme Situation gebracht. Weil die CDU mehr Direktmandate eroberte, als ihr gemäß ihrem prozentualen Wahlergebnis Sitze zustanden, wurde es notwendig, Ausgleichsmandate zu schaffen. Der Landtag vergrößerte sich dadurch von gesetzlichen 181 auf 199 Abgeordnete.

Für die SPD kam das Wahlergebnis einem „Leberhaken“ (SPD-Vizevorsitzender *Ralf Stegner*) gleich; den Grünen bereitete es „einen sehr schweren Abend“ (*Löhrmann*). Die Ministerpräsidentin übernahm die Verantwortung für die Wahlniederlage und trat noch am Wahlabend als Landesvorsitzende und Stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD zurück.

Die Themen der Grünen hatten kaum jemanden mitgerissen und die Schulpolitik hing wie ein Mühlstein an der Partei. Die Grünen hatten, wie sie im Nachhinein konzedierten, „vergessen zu fragen, was interessiert die Leute überhaupt“⁴⁴.

43 *Gerhard Voigt*, SPD-Landesparteitag. Kraft ohne Gegenstimme zur Spitzenkandidatin gekürt, in: Kölner Stadt-Anzeiger online vom 18. Februar 2017, <http://www.ksta.de/25760530> (Abruf am 11. März 2017).

44 So die Landesvorsitzende *Mona Neubaur*. *Jan Bielicki | Josef Kelnberger*, Die Grünen. Zoff an der Seitenlinie, in: *SZ* vom 22. Mai 2017, S. 5.

Tabelle 1: Amtliche Endergebnisse von Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Absolute Zahlen	14. Mai 2017		Zweitstimmen-Differenz 2017 zu 2012	13. Mai 2012	9. Mai 2010
	Erststimmen	Zweitstimmen		Zweitstimmen	
Wahlberechtigte	13.164.887		-97.162	13.262.049	13.267.052
Wähler	8.577.221		+675.953	7.901.268	7.870.412
Gültige Stimmen	8.455.190	8.487.413	+693.418	7.793.995	7.760.546
CDU	3.242.524	2.796.683	+746.362	2.050.321	2.681.700
SPD	2.919.073	2.649.205	-400.778	3.049.983	2.675.818
B 90/Grüne	509.571	539.062	-345.236	884.298	941.162
FDP	723.725	1.065.307	+395.225	670.082	522.229
Piraten	118.847	80.780	-528.396	609.176	121.046
Die Linke	414.594	415.936	+221.508	194.428	435.627
AfD	460.479	626.756	+626.756	–	–
Sonstige	66.377	313.684	-22.023	335.707	382.964
Anteile	Prozent*		Prozentpunkte	Prozent	
Wahlbeteiligung		65,2	+5,6	59,6	59,3
CDU	38,3	33,0	+6,7	26,3	34,6
SPD	34,5	31,2	-7,9	39,1	34,5
B 90/Grüne	6,0	6,4	-4,9	11,3	12,1
FDP	8,6	12,6	+4,0	8,6	6,7
Piraten	1,4	1,0	-6,8	7,8	1,6
Die Linke	4,9	4,9	+2,3	2,6	5,6
AfD	5,4	7,4	+7,4	–	–
Sonstige	0,9	3,5	-0,8	4,3	4,9
Sitzverteilung	Sitze		Differenz 2017 zu 2012	Sitze	
Insgesamt	199		-38	237	181
CDU	72		+5	67	67
SPD	69		-30	99	67
B 90/Grüne	14		-15	29	23
FDP	28		+6	22	13
Piraten	–		-20	20	–
Die Linke	–		–	–	11
AfD	16		+16	–	–

* Abweichung von 100 Prozent durch Rundungen.
Quelle: Der Landeswahlleiter des Landes Nordrhein-Westfalen, <https://www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2017/aktuell/a000lw1700.shtml> (Abruf am 17. Juni 2017); eigene Berechnungen.

Die FDP erreichte ihre Wahlziele, Rot-Grün abzulösen und drittstärkste Kraft im Landtag zu werden. Ihren Erfolg verdankte sie vor allem ihrem Vorsitzenden und Spitzenkandidaten, allerdings um den Preis eines Daseins in seinem Schatten.

Die Linke verdoppelte ihre Stimmen, verpasste aber den Einzug in das Landesparlament knapp. Sie hatte Erfolge in den Großstädten (12,1 Prozent in Köln III), musste aber in den ländlichen Wahlkreisen ernüchternde Ergebnisse einstecken (2,4 Prozent in Olpe).

Tabelle 2: Mandate im Landtag Nordrhein-Westfalen nach Geschlechtern (jeweils am Wahlabend)

		2017		2012		2010		2005	
		m	w	m	w	m	w	m	w
Landtag	Sitze	145	54	167	70	132	49	136	51
	in %	72,9	27,1	70,5	29,5	72,9	27,1	72,7	27,3
SPD	Sitze	45	24	66	33	48	19	43	31
	in %	65,2	34,8	67,0	33,0	71,6	28,4	58,1	41,9
CDU	Sitze	56	16	52	15	57	10	78	11
	in %	77,8	22,2	77,6	22,4	85,1	14,9	90,9	9,1
Grüne	Sitze	7	7	14	15	11	12	6	6
	in %	50,0	50,0	48,3	51,7	47,8	52,2	50,0	50,0
FDP	Sitze	23	5	18	4	11	2	9	3
	in %	18	17,9	81,8	18,2	84,6	15,4	75,0	25,0
Linke	Sitze					5	6		
	in %					45,5	54,5		
Piraten	Sitze			17	3				
	in %			85,0	15,0				
AfD	Sitze	14	2						
	in %	87,5	12,5						

Quelle: Landtag Nordrhein-Westfalen; eigene Berechnungen.

Die AfD schnitt im Ruhrgebiet fast überall besser ab als in den anderen Landesteilen: 15,2 Prozent im Wahlkreis Gelsenkirchen II, 14,7 Prozent in Duisburg IV-Wesel V. Die Landtagsfraktion steht mehrheitlich hinter *Pretzell*, ist aber wohl eine Auswahl nicht unproblematischer Charaktere.⁴⁵ Nach einer vom Landeswahlleiter veranlassten Überprüfung des Wahlergebnisses wurde festgestellt, dass der AfD 2.204 Stimmen zu wenig zuerkannt worden waren. Wahlfälschungen konnten nicht ausgeschlossen werden. Auf die Sitzverteilung hatte die notwendig gewordene Korrektur des Endergebnisses keine Auswirkungen.

Die Zuversicht der Piraten, sich auf Dauer zu etablieren, erwies sich als trügerisch. Ihr Absturz weit unter die Fünf-Prozent-Marke und das Verschwinden aus dem letzten Landtag dürfte zugleich das endgültige Aus als Parlamentspartei mit sich gebracht haben.

Die Gleichstellung der Geschlechter in der Landespolitik kam mit dieser Landtagswahl nicht voran. Der Frauenanteil an den Abgeordneten fiel dank der männlich dominierten Parteien AfD, FDP und CDU auf das Ergebnis von 2010 zurück. Allein in der Fraktion der Grünen sind Frauen ebenso stark vertreten wie Männer (vgl. Tabelle 2).

3.1. Wählermobilisierung und Wählerwanderungen

Mit 65,2 Prozent war die Wahlbeteiligung die höchste seit 1990. Anscheinend haben die aktuellen politischen Herausforderungen die Wähler nicht abgehalten, sondern eher motiviert, sich in den demokratischen Prozess einzubringen. Dies ist umso bemerkenswerter, als

⁴⁵ Vgl. *Franziska Hein / Julia Rathcke*, Nach der NRW-Wahl. Diese 16 AfD-Abgeordneten ziehen jetzt in den Landtag ein, in: RP online vom 15. Mai 2017, <http://www.rp-online.de/nrw/landespolitik/landtagswahl-nrw-diese-afd-kandidaten-mischen-den-landtag-auf-aid-1.6821692> (Abruf am 16. Mai 2017).

Tabelle 3: Wählerwanderungen 2017 gegenüber 2012 (in 1.000)

	Nichtwähler	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	Andere
	... gewann(en) von / verlor(en) an ...							
Nichtwähler		+430	+170	-30	+90	+40	+120	-10
CDU	-430		-310	-90	+50	±0	+50	-70
SPD	-170	+310		-110	+160	+60	+60	-50
Grüne	+30	+90	+110		+30	+60	+10	±0
FDP	-90	-50	-160	-30		+10	+30	-70
Linke	-40	±0	-60	-60	-10		+10	-40
AfD	-120	-50	-60	-10	-30	-10		-300
Andere	+10	+70	+50	±0	+70	+40	+300	

Quelle: Infratest dimap, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-14-LT-DE-NW/analyse-wanderung.shtml> (Abruf am 21. Juni 2017).

weder Themen noch Performance des Wahlkampfes elektrisierten. Aus der höheren Wahlbeteiligung schon jetzt auf eine Repolitisierung der Gesellschaft zu schließen und zu erwarten, dass die Wahlabstinz der vergangenen Jahre für die Zukunft abgewendet sei, dürfte indes verfrüht sein. Immerhin bildeten die Nichtwähler mit 34,8 Prozent auch dieses Mal die größte Gruppe. Im Vergleich zu 2012 hatte sie aber 430.000 Wahlberechtigte an die CDU, 170.000 an die SPD, 90.000 an die FDP, 40.000 an die Linke und – betrüblicherweise – 120.000 an die AfD abgegeben. Lediglich von den Wählern der Grünen wanderten 30.000 ins Lager der Nichtwähler ab (vgl. Tabelle 3).

Die CDU zog die größte Zahl von Nichtwählern an; ihr nutzte in außerordentlichem Maße aber auch die Auflösung des rot-grünen Lagers. 400.000 Wähler strömten ihr von dort aus zu. Dass sie Stimmen an die FDP und die AfD abgeben musste, dürfte einerseits dem Wunsch von Wählern entspringen sein, Schwarz-Gelb auf jeden Fall möglich zu machen, andererseits der Abwendung enttäuschter Konservativer zuzurechnen sein. Die SPD wirkt wie von allen gefleddert: von der CDU, den Nichtwählern, der FDP, der Linken und der AfD. Immerhin suchten beachtliche 110.000 ehemalige Grüne-Wähler ein neues Zuhause bei der Sozialdemokratie. Noch schlimmer als der SPD erging es den Grünen. FDP und Linke holten Stimmen aus nahezu allen Lagern; die AfD gewann vor allem bei den Wählern anderer Rechtsaußenparteien (NPD, Pro NRW u.a.) und bei ehemaligen Nichtwählern. Vom Absturz der Piratenpartei, die hier unter der Rubrik „Andere“ firmiert, profitierten alle Parteien außer den Grünen.

3.2. Wahlverhalten in unterschiedlichen sozialen Gruppen

Die Wählerschaft verteilte sich zu gleichen Teilen auf Frauen und Männer. Frauen entschieden sich eher als Männer für SPD und Grüne. Bei den Männern erzielten FDP und AfD höhere prozentuale Anteile als bei der Gesamtwählerschaft. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind aber, abgesehen von den Stimmenanteilen für Grüne und AfD, gering (vgl. Tabelle 4).

Die Grünen hatten einen gewissen Erfolg bei den 18- bis 44-jährigen Frauen. Die AfD schnitt bei den 30- bis 59-jährigen Männern am besten ab. Wie schon 2012 konnten CDU und SPD bei der jüngeren Wählerschaft nicht punkten. Ihre Gesamtergebnisse verdankten

Tabelle 4: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht bei der Landtagswahl in NRW 2017 (Zweitstimmen in Prozent, in Klammern Differenz zu 2012)						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD
Insgesamt						
Alle	33 (+7)	31 (-8)	6 (-5)	13 (+4)	5 (+2)	7 (+7)
18 bis 29 Jahre	23 (+4)	27 (-3)	10 (-5)	13 (+6)	7 (+4)	8 (+8)
30 bis 44 Jahre	31 (+7)	26 (-8)	8 (-7)	14 (+5)	6 (+3)	9 (+9)
45 bis 59 Jahre	31 (+8)	32 (-10)	8 (-6)	12 (+5)	5 (+2)	9 (+9)
über 60 Jahre	40 (+6)	36 (-9)	3 (-3)	13 (+3)	3 (+2)	4 (+4)
Frauen						
Alle	33 (+6)	33 (-8)	8 (-5)	12 (+4)	5 (+3)	6 (+6)
18 bis 29 Jahre	23 (+5)	29 (-4)	13 (-6)	11 (+4)	6 (+3)	7 (+7)
30 bis 44 Jahre	30 (+7)	28 (-8)	10 (-7)	12 (+4)	5 (+3)	8 (+8)
45 bis 59 Jahre	31 (+9)	34 (-11)	9 (-5)	12 (+5)	5 (+2)	6 (+6)
über 60 Jahre	41 (+6)	36 (-8)	3 (-3)	13 (+4)	3 (+2)	3 (+3)
Männer						
Alle	32 (+6)	30 (-7)	5 (-5)	14 (+5)	5 (+2)	9 (+9)
18 bis 29 Jahre	23 (+4)	25 (-2)	7 (-6)	15 (+8)	8 (+4)	10 (+10)
30 bis 44 Jahre	31 (+7)	23 (-7)	5 (-7)	16 (+5)	6 (+2)	11 (+11)
45 bis 59 Jahre	31 (+7)	31 (-10)	6 (-6)	13 (+6)	5 (+2)	11 (+11)
über 60 Jahre	38 (+6)	36 (-9)	3 (-1)	13 (+2)	4 (+2)	6 (+6)
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, 2017, a.a.O. (Fn. 26), S. 37.						

die „Volksparteien“ vor allem der mit einem Drittel der Wählerschaft größten Altersgruppe der ab 60-Jährigen. Je mehr diese Altersgruppe aber von den nachfolgenden Kohorten abgelöst wird, desto kritischere Wahlergebnisse könnten CDU und SPD künftig einfahren – sofern sie nicht tatsächlich den Lebensstilen und -gefühlen, den sozialen und kulturellen Anliegen der Jüngeren entgegenkommen.

2017 blieb die SPD die bevorzugte Partei für Arbeiter und Gewerkschafter. Gewerkschafter, die Arbeiter sind, wählten sie sogar zu 46 Prozent (2012: 55 Prozent⁴⁶). Aber auch die AfD erzielte bei Arbeitern überdurchschnittlich gute Ergebnisse – gleichgültig, ob Mitglieder einer Gewerkschaft oder nicht. Die wiederholten Hinweise des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dass die AfD keine arbeitnehmerfreundliche Politik verfolge, fruchteten offenkundig wenig. Bei den Angestellten schnitt die SPD etwas besser ab als die CDU, vor allem auch bei gewerkschaftlich organisierten Angestellten. Die CDU erwies sich wiederum als die Partei der Beamten, Selbstständigen und Rentner. Für Selbstständige besaß darüber hinaus die FDP traditions- und programmgemäß hohe Anziehungskraft, während Linke und AfD außergewöhnliche Erfolge bei Erwerbslosen erzielten (vgl. Tabelle 5).

Die CDU bleibt die Partei des politischen Katholizismus. Das gilt, obwohl „Kirchenmitgliedschaft [für die meisten Menschen] schon lange nicht mehr mit einer besonderen Orientierung an den Vorgaben der Kirchenhierarchie“⁴⁷ verbunden ist. Hingegen sammel-

46 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, 2012, a.a.O. (Fn. 26), S. 43.

47 Thomas Poguntke, Politik auf der Achterbahn, in: Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Wandel der Parteiendemokratie und Populismus, Düsseldorf (ohne Jahr), S. 27 – 37, S. 34.

Tabelle 5: Wahlentscheidung bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017 nach Berufsgruppen, Erwerbsstatus, Gewerkschaftszugehörigkeit und Konfession (in Prozent)

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	Andere
Alle	33	31	6	13	5	7	5
Arbeiter	27	38	5	8	6	11	5
Angestellte	32	33	7	13	5	6	4
Beamte	42	27	7	12	4	6	3
Selbstständige	39	17	8	22	5	7	3
Erwerbslose	17	28	5	10	13	15	11
Rentner	41	36	2	12	3	5	1
Gewerkschafter	25	42	6	8	7	9	5
Katholiken	43	27	5	13	3	6	4
Protestanten	28	37	6	12	4	9	5
Andere und Religionsfreie	22	31	9	15	8	9	6

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, 2017, a.a.O. (Fn. 26), S. 41, S. 45.

ten sich die Protestanten – sofern sie keine regelmäßigen Kirchgänger sind – vorwiegend bei der SPD. Die CDU holte bei den Andersgläubigen und Religionsfreien, bei denen sie 2012 nur auf dem vierten Platz gelandet war, deutlich auf. Bei dieser Gruppe, die ein knappes Fünftel der Wählerschaft ausmacht, schnitt die FDP, für die eine kirchenkritische Haltung zum Traditionsbestand zählt, gut ab.

Die SPD verlor diese Wahl nicht nur im Landesdurchschnitt, sondern auch in den von ihr dominierten Großstädten. Dennoch konnte sie dort einen Vorsprung vor der CDU halten: 34,0 zu 31,5 Prozent in Städten über 100.000, 31,9 zu 28,6 Prozent in Städten über 200.000 und 31,6 zu 26,8 Prozent in Städten über 500.000 Einwohner.⁴⁸ In den anderen Landesteilen gewann die CDU.

SPD und CDU erzielten die besten Ergebnisse bei Wählern mit Hauptschulabschluss und Mittlerer Reife, was darauf hindeutet, dass beide bei der Arbeiter- und Handwerker-schaft über großen Rückhalt verfügen. Hingegen erwiesen sich Grüne und FDP als Akademikerparteien. Aber auch die Linke fand ihre Anhängerschaft eher bei den besser Gebildeten als bei den Hauptschulabsolventen. Die AfD gewann am meisten unter Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss, während Akademiker ihr nur in unterdurchschnittlichem Maße folgten (vgl. Tabelle 6).

3.3. Bundespolitische Auswirkungen

Inwieweit der Wahlsieg von CDU und FDP die Abstimmungsverhältnisse im Bundesrat verändert, ist noch offen. Mit der einzigen schwarz-gelben Koalition wird NRW mit seinen sechs Stimmen keine Meinungsführerschaft übernehmen können.

Die SPD ist im Vergleich mit anderen Parteien weiterhin an den meisten Landesregierungen beteiligt. Dennoch lastet der Verlust der Regierungsverantwortung im bevölkerungsreichsten Land schwer auf der Bundespartei. NRW gilt als ihr „Stammland“, hier leben die meisten ihrer Mitglieder. Die Trittstein-Strategie ist gescheitert, und es ist nicht

⁴⁸ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, 2017, a.a.O. (Fn. 26), S. 77.

Tabelle 6: Wahlentscheidung bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2017 nach Schulbildung (in Prozent)

	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	Andere
Alle	33	31	6	13	5	7	5
Hauptschulabschluss	35	41	2	11	3	7	2
Mittlere Reife	34	32	4	11	5	10	5
Hochschulreife	31	26	8	14	6	8	7
Hochschulabschluss	32	27	10	17	6	4	4

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, 2017, a.a.O. (Fn. 26), S. 48.

absehbar, welches wundersame Ereignis die SPD auf der Zielgeraden an der CDU vorbeiziehen lassen könnte.

Die CDU wiederum kann nach drei gewonnenen Landtagswahlen gelassen auf den Bundestagswahltermin schauen. Der Stellvertretende Bundesvorsitzende hat in NRW einen überraschenden Sieg eingefahren und so die Zuversicht für Berlin gesteigert. Die Kanzlerin kann innen- und außenpolitisch weitgehend unangefochten agieren. Selbst die Konservativen in den eigenen Reihen sind nach diesem Sieg eines „Merkelianers“ auf Normalmaß zurechtgestutzt.

Für die FDP bleibt alles offen. Der große Erfolg in NRW stimmt die Partei optimistisch. Die Chancen für den Wiedereinzug in den Bundestag stehen sehr gut. Das Wählerpotenzial der Freidemokraten setzt sich nämlich nicht mehr nur aus Urliberalen und „eigentlichen“ CDU-Wählern zusammen, sondern die Stimmen stammen neuerdings auch aus dem rot-grünen Lager (vgl. Tabelle 3).

Für die Grünen dürfte es am Abend der Bundestagswahl ernst, aber nicht bedrohlich werden. Den Verlust vom 14. Mai müssen sie als Rückschlag empfinden, aber NRW ist kein grünes Stammland. Rückschlüsse auf eine schwere Niederlage in Berlin wären demnach voreilig.

Die Zeiten zweistelliger Erfolge der AfD liegen weit zurück. Vom Ergebnis in NRW geht jedenfalls kein Schub für die Bundestagswahl aus. Zudem schwächen interne Querelen den Landesverband, der sich wahrscheinlich nur mit Mühe für den Rechtsaußen-Spitzenkandidaten *Alexander Gauland* einsetzen lässt.

4. Regierungsbildung und Formierung der Opposition

Der Landtag wählte am 1. Juni 2017 *André Kuper* (CDU) aus Rietberg zum Landtagspräsidenten. Dem Präsidium gehören des Weiteren an: die bisherige Landtagspräsidentin *Carina Gödecke* (SPD) aus Bochum als erste und *Angela Freimuth* (FDP) aus Lüdenscheid als zweite Vizepräsidentin. *Oliver Keymis* (Grüne) aus Meerbusch, bisher zweiter, ist fortan dritter Vizepräsident des Landtages. Er setzte sich gegen den AfD-Abgeordneten *Herbert Strotebeck* aus Erkrath durch.

Als Vorsitzenden ihrer Landtagsfraktion wählte die CDU *Bodo Löttgen* aus Nümbrecht, die SPD für eine Übergangszeit von einem Jahr den bisherigen Amtsinhaber *Norbert Römer* aus Soest. Die Grünen kehrten nach vielen Jahren zur Doppelspitze zurück und wählten *Monika Düker* aus Düsseldorf sowie *Arndt Klocke* aus Köln. Die FDP-Landtagsfraktion bestätigte ihren bisherigen Vorsitzenden *Christian Lindner*. Die AfD wählte ihren Landesvorsitzenden *Marcus Pretzell*.

Rechnerisch bot das Wahlergebnis verschiedene Möglichkeiten der Koalitionsbildung an: die „Ampel“, „Jamaika“, eine Große Koalition und Schwarz-Gelb. Da die beiden erstgenannten Möglichkeiten von den Wahlkämpfern ausgeschlossen worden waren und die SPD nach der Wahl einer Großen Koalition eine Absage erteilte, blieb als einzige Option die Verbindung von CDU und FDP, wenngleich diese über nur eine Stimme mehr verfügten als die Oppositionsfraktionen im Landtag. Zwar hatte die FDP verkündet, dass eine schwarz-gelbe Mehrheit nicht in eine schwarz-gelbe Koalition münden müsse⁴⁹ und sich entsprechend selbstbewusst präsentiert. Bei den Zusammenkünften der präsumentiven Koalitionspartner stellte sich aber schnell heraus, dass insgesamt große Übereinstimmung herrschte – mit Ausnahme der Null-Toleranz-Strategie (CDU) und der Studiengebühren (FDP). So konnten die Koalitionsverhandlungen zügig geführt und zum Abschluss gebracht werden. Bei den genannten kontroversen Positionen setzte sich die CDU durch.

Über den zwischen CDU und FDP am 16. Juni 2017 abgeschlossenen Koalitionsvertrag konnten die Mitglieder der FDP online abstimmen. 6.266 Mitglieder (40,5 Prozent) beteiligten sich und stimmten zu 97,2 Prozent mit Ja. Am 24. Juni bestätigten 100 Prozent der Delegierten auf dem CDU-Landesparteitag in Neuss die Koalitionsvereinbarung.

Innen- und sicherheitspolitisch verständigten sich die Koalitionspartner auf die Einstellung von jährlich 2.300 Polizeianwärtern und die Öffnung der Polizeiaufbahn für Real-schulabsolventen. An öffentlichen Plätzen soll die Videoüberwachung ausgeweitet und gegenüber der organisierten Kriminalität eine Null-Toleranz-Strategie eingeschlagen werden. Die Justiz soll personell aufgestockt werden. Außerdem ist beabsichtigt, Abschiebungen beschleunigt durchzusetzen und Abschiebehaftanstalten auszubauen. Ein Schulfreiheitsgesetz soll den Schulen mehr Eigenverantwortung geben. Die neunjährige Gymnasialzeit wird zum Regelfall. Die Koalition strebt eine 105-prozentige Lehrerversorgung an, um dem Unterrichtsausfall zu begegnen. Eltern von Kindern mit Behinderung können zwischen Förderschule und inklusivem Unterricht wählen. An den Hochschulen soll, wie schon 2005 bis 2010, ein Hochschulfreiheitsgesetz für mehr Eigeninitiative sorgen. Auf Studiengebühren wird, jedenfalls für EU-Bürger, verzichtet. Die Modernisierung des Landes will die Koalition unter anderem durch eine „umfassende Digitalstrategie“, ein bürokratiefreies erstes Jahr für Start-ups und Gründerstipendien voranbringen. Verkehrspolitisch setzt die Landesregierung auf die Sechs-Tage-Woche an Baustellen, ein landesweit einheitliches, digitales Ticketsystem für den Nahverkehr und die Einführung eines freiwilligen Azubi-Tickets. Umweltpolitisch wird abgerüstet: Das betrifft unter anderem den Klimaschutzplan, das Naturschutzgesetz und Windkraftanlagen.⁵⁰

Der Landtag wählte *Armin Laschet* am 27. Juni 2017 mit den 100 Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktion zum Ministerpräsidenten. 78 Abgeordnete stimmten gegen ihn, zwei enthielten sich. 16 Stimmen (wohl die der 16 AfD-Mandatsträger) waren ungültig. Drei Abgeordnete nahmen nicht an der Abstimmung teil. Parteipolitisch verteilen sich die Ministerien wie folgt: neun für die CDU, drei für die FDP und eines für eine Parteilose.

49 Vgl. *Detlef Schmalenberg*, Die FDP hat mit Christian Lindner beide Wahlziele erreicht, in: Kölner Stadt-Anzeiger online vom 14. Mai 2017, <http://www.ksta.de/nrw/landtagswahl2017/nrw-wahl-die-fdp-hat-mit-christian-lindner-beide-wahlziele-erreicht-26901036> (Abruf am 15. Mai 2017).

50 Vgl. CDU / FDP, Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017-2022, <https://www.cdu-nrw.de/koalitionsvertrag-fuer-nordrhein-westfalen-2017-2022> (Abruf am 30. Juni 2017).

Ministerpräsident	<i>Armin Laschet</i> (CDU)
Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration	<i>Joachim Stamp</i> (FDP)
Minister des Inneren	<i>Herbert Reul</i> (CDU)
Minister der Justiz	<i>Peter Biesenbach</i> (CDU)
Minister der Finanzen	<i>Lutz Lienenkämper</i> (CDU)
Minister für Verkehr	<i>Hendrik Wüst</i> (CDU)
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	<i>Karl-Josef Laumann</i> (CDU)
Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie	<i>Andreas Pinkwart</i> (FDP)
Ministerin für Schule und Bildung	<i>Yvonne Gebauer</i> (FDP)
Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	<i>Christina Schulze Föcking</i> (CDU)
Ministerin für Kultur und Wissenschaft	<i>Isabel Pfeiffer-Poensgen</i> (parteilos)
Ministerin für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung	<i>Ina Scharrenbach</i> (CDU)
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Medien	<i>Stephan Holthoff-Pförtner</i> (CDU)
Quelle: Eigene Zusammenstellung.	

Die Minister wurden am 30. Juni 2017 vereidigt. Das Kabinett setzt sich aus vier Frauen und neun Männern zusammen (vgl. Tabelle 7).

Die neue Landesregierung verfügt mit nur einer Stimme über eine denkbar knappe Mehrheit. Das bietet Anreize zu Erpressungsversuchen, kann die Beteiligten aber auch disziplinieren. Unter diesen Umständen werden Konsultations- und Kooperationsbereitschaft wichtige Anforderungsprofile der politischen Führungen beider Parteien und Fraktionen. Die inhaltlichen Kongruenzen, die beide Parteien im Großen und Ganzen seit der *Kohl*-Ära verbinden, werden wahrscheinlich ausreichen, eine volle Wahlperiode zusammen zu bleiben. Der Stabilität der Koalition dient es auch, dass die FDP im Unterschied zur CDU, die nötigenfalls eine Große Koalition bilden könnte, keine Regierungsalternative besitzt.

5. Zusammenfassung

- (1) Die rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsidentin *Hannelore Kraft* konnte nach sieben Amtsjahren Arbeitserfolge (geringere Arbeitslosigkeit, soziale und ökologische Kriterien für öffentliche Aufträge, weitgehender Nichtraucherschutz, Inklusion, Frauenförderung, Umweltschutz, mehr Kita-Plätze, offener Ganztags an den Schulen) vorweisen; doch ihre Bilanz überzeugte zu wenige. Die Aufbruchstimmung des Wahljahres 2012 war verfliegen.
- (2) Dazu trugen auch Misserfolge und Fehlleistungen bei wie die überproportional hohe Kinderarmut, Mängel bei Ausführung der Inklusion an den Schulen, die Kölner Silvesternacht mit zahllosen sexuellen Übergriffen auf Frauen, das Gewährenlassen des späteren Attentäters vom Berliner Breitscheidplatz und der schadhafte Zustand der Verkehrsinfrastruktur.
- (3) Dementsprechend malte die Opposition die Lage des Landes in tiefem Schwarz. Sie punktete mit den Themen Sicherheit, Schule und Verkehr, deren Anziehungskraft sich erst nach und nach herauskristallisierte.

- (4) Schon ein Jahr vor dem Wahltermin hatten Umfragen signalisiert, dass die Koalition gefährdet war, weil die Grünen ihr Wahlergebnis von 2012 bei Weitem nicht würden halten können. Ab März 2017 stellte sich die Frage, ob sie die Fünfpfrozenthürde überspringen würden.
- (5) Der demoskopische Höhenflug des neuen SPD-Kanzlerkandidaten und -Parteivorsitzenden *Martin Schulz* vom späten Winter bescherte der NRW-SPD keinen tragfähigen Aufschwung. Die SPD wurde hoch gehandelt, rutschte dann aber ab und wurde auf den letzten Metern von der CDU überflügelt.
- (6) Die CDU, deren Spitzenkandidat *Armin Laschet* lange Zeit kaum Aussicht auf einen Wahlsieg hatte, setzte alles daran, zumindest ein vorzeigbares Ergebnis zu erzielen. Der Einsatz der Bundeskanzlerin in diesem Wahlkampf unterstrich diese Zielsetzung. Die FDP setzte alles auf eine Karte – sprich: auf ihren Bundes- und Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten *Christian Lindner*.
- (7) Die demokratischen Parteien betrieben eine ausgiebige „Ausschließeritis“, die darin bestand, dass sie nicht nur Verbindungen mit der AfD ablehnten, sondern auch viele Koalitionsmöglichkeiten von Demokraten untereinander. Vor dem Hintergrund eines möglichen Einzugs von sechs Parteien in den Landtag waren daher Koalitionen von Großen mit Kleinen rechnerisch kaum denkbar und eine Große Koalition wahrscheinlich.
- (8) Der Wahlkampf war weitgehend langweilig, die Wahlwerbung – abgesehen von derjenigen der FDP – einfalllos.
- (9) Die Wahl verschob das politische Gewicht im Landtag nach rechts – vor allem infolge des Einzugs der AfD ins Parlament. Siegerin war die CDU. Die FDP erzielte ihr bestes, die SPD ihr schlechtestes Wahlergebnis der Landesgeschichte. Die Grünen zogen, erheblich geschrumpft, als kleinste Fraktion doch noch in den Landtag ein. Die Piratenpartei schied aus dem Landtag aus. Die Linke scheiterte knapp an der Fünfpfrozenthürde.
- (10) Die Wahlbeteiligung war die höchste seit 1990. Dennoch blieb der Nichtwähleranteil mit 34,8 Prozent erschreckend hoch. Die CDU zog die größte Zahl von Nichtwählern an, gewann aber auch Stimmen ehemaliger SPD- und Grüne-Wähler. Die SPD gab an alle Parteien und an das Nichtwählerlager ab.
- (11) Frauen stellen nicht einmal mehr 30 Prozent der Landtagsabgeordneten. Vor allem in der AfD- und der FDP-Fraktion finden sich kaum weibliche Mandatsträger. Allein bei den Grünen ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen.
- (12) Die SPD blieb trotz Einbußen Arbeiternehmer- und Großstadtpartei, die CDU die Partei des Katholizismus, der Beamten, Selbstständigen und Rentner. AfD und Linke erzielten deutliche Erfolge bei Erwerbslosen.
- (13) Entscheidend war das herausragende Abschneiden der FDP, das eine Koalition mit der CDU ohne dritten Partner ermöglichte. Diese Koalition verfügt über eine Mehrheit von nur einer Stimme. Stabilität hängt in einer solchen Konstellation von der Kooperations- und Konsensfähigkeit der politischen Führung ab.
- (14) Zentrale Ziele der einzigen schwarz-gelben Koalition auf Landesebene sind die Stärkung der Inneren Sicherheit einschließlich einer härteren Gangart gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerbern, mehr Eigenverantwortung für Schulen und Hochschulen, eine breit angelegte Digitalstrategie, die Förderung von Start-ups, Verbesserungen für den motorisierten Individualverkehr und für den ÖPNV sowie Einschränkungen bei Windkraft, Klima- und Naturschutz.